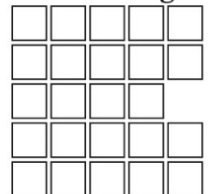


Datenschutzhinweise nach DSGVO Art. 13

für die staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen der Stadt Erlangen

DAS JUGENDAMT.
Unterstützung, die ankommt.

Stadt Erlangen



1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist die Stadt Erlangen (Rathausplatz 1, 90152 Erlangen, stadt@stadt.erlangen.de; T. 09131/86-0)

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die behördliche Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, datschutz@stadt.erlangen.de, Tel. 09131/86-2321 bzw. 86-2273.

3. Zwecke und Rechtgrundlagen der Verarbeitung

3.1 Zwecke der Verarbeitung

Wir benötigen Ihre Angaben, um mit Ihnen Kontakt aufzunehmen und Sie umfassend zu beraten, sowie bei Bedarf Unterstützungsangebote bzw. weiterführende Hilfsmaßnahmen vermitteln zu können.

Für die Beantragung von Stiftungsleistungen „Landesstiftung Hilfen für Mutter und Kind“, für Mittel aus der „Unterstützung Familienplanung“ (Verhütungsmittel) und sonstiger Stiftungen (z.B. „Freude für Alle“) ist die Erhebung von personenbezogenen Daten nach jeweiliger Vorgabe durch uns notwendig. Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, können wir Ihren Antrag nicht bearbeiten. Alle Angaben sind freiwillig.

Wenn Sie auf eigenen Wunsch gegenüber Dritten unterstützt und eine weitere Anbindung an unsere Beratungsstelle möchten, kann es notwendig sein, personenbezogene Daten von Ihnen zu erheben.

In unserer Beratungsstelle werden zudem anonyme Beratungsdaten zu statistischen Zwecken nach gesetzlichen Vorgaben erhoben.

Die von Ihnen gemachten Angaben und Unterlagen speichern wir in elektronischer Form unter Berücksichtigung aktueller Datenschutzbestimmungen.

Für die Schwangerschaftskonfliktberatung gelten gesonderte Vorgaben, die in der Beratung eingesehen werden können.

3.2 Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1e DSGVO in Verbindung mit § 67b Abs. 1 S. 1 SGB X i.V.m. §§ 67-85a SGB X erhoben und verarbeitet.

Die Rechtsgrundlage für die Arbeit der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen findet sich im § 2 und 3 SchKG sowie Art. 1-11 BaySchwBerG und BaySchwHEG.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Wir geben Ihre Daten an andere Empfänger nur mit Ihrer Einwilligung weiter und beachten eine bestehende Schweigepflicht gem. § 203 StGB.

Im Rahmen der Abrechnung von Fördergeldern sowie der Mitteilungspflicht hinsichtlich statistischer Zwecke besteht gegenüber der Regierung von Mittelfranken und dem bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales eine gesetzliche Berichtspflicht. Ihre Angaben werden jedoch nur anonymisiert und zu statistischen Zwecken weitergegeben.

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Alle Daten, die Sie uns anvertrauen, behandeln wir streng vertraulich. Die Akten werden in verschlossenen Aktenschränken aufbewahrt. Alle Daten, die auf den Servern der Stadt Erlangen gespeichert sind, können nur von den jeweils autorisierten Personen eingesehen werden. Dazu gibt es Zugriffs- und Rollenkonzepte. Das gilt auch für die von uns eingesetzte Fachsoftware bei digitaler Aktenerfassung.

Wir speichern Ihre Daten nur solange wir sie zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen. Die Daten bleiben daher nach Antrags- und Beratungsabschluss, spätestens jedoch, nachdem ein geborenes Kind für das ein Antrag in der Schwangerschaft gestellt wurde drei Jahre alt wird, für fünf Jahre,

bei Zahlungsverkehr 10 Jahre gespeichert und werden anschließend gelöscht/vernichtet. Sie werden auch gelöscht, wenn Ihr Antrag abgelehnt wird.

Gemäß DSGVO § 17 Abs. 3d und § 6 Bayerisches Archivgesetz sind alle Akten vor der Vernichtung dem zuständigen Archiv anzubieten. Dementsprechend gibt es eine Übereinkunft, dass alle Fallakten, bei denen die Nachnamen mit K beginnen, nach Ablauf der genannten Aufbewahrungsfristen ans städtische Archiv abgegeben werden.

Die Speicherung und Archivierung personenbezogener Daten infolge einer Schwangerenkonfliktberatung ist hiervon ausgenommen. Für die Speicherung personenbezogener Daten bei einer Konfliktberatung gelten gesonderte Vorgaben, die Sie bei der Beratung erhalten und einsehen können.

6. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

1. Art. 15 DSGVO: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.
2. Art. 16 DSGVO: Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu.
3. Art. 17, 18 und 21 DSGVO: Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.
4. Art. 20 DSGVO :Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Erlangen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Tel.: 089 212672-0, Fax: 089 212672-50; E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).